CDU

FRAKTION NIEDERSACHSEN

Dr. Frank Schmädeke MdL

Ausgabe 3/2025

AKTUELLES
aus dem

März
Plenum

- **BAUEN EINFACHER, SCHNELLER, GÜNSTIGER MACHEN**
- **EINE STARKE JUSTIZ BRAUCHT STARKE MITARBEITER**
- **FUSSFESSEL FÜR GEWALTTÄTER: OPFERSCHUTZ HAT VORRANG**
- **KINDESMISSBRAUCH WIRKSAM BEKÄMPFEN**
- **KÜSTENSCHUTZ MUSS PRIORITÄT HABEN**
- **NIEDERSACHSEN ALS VERLÄSSLICHER PARTNER DER BUNDESWEHR**

Dr. Frank Schmädeke MdL

LANDTAG NIEDERSACHSEN

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

kontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de

Aktuelles aus dem Landtag

Stellen Sie sich mal vor...

... Sie möchten in Niedersachsen ein Haus bauen – und scheitern an immer neuen Vorschriften.

Sie engagieren sich im Ehrenamt für Kulturprojekte – und warten seit Jahren auf die versprochene Förderung.

Sie arbeiten in der Justiz – und kämpfen täglich gegen Personalmangel und Überlastung.

Oder Sie leben als Landwirt mit den Vorgaben des „Niedersächsischen Wegs" – und warten immer noch auf die zugesagte finanzielle Unterstützung.

Im März-Plenum des Niedersächsischen Landtags haben wir als CDU-Fraktion genau diese Probleme aufgegriffen. Denn es sind nicht nur abstrakte politische Themen – sie betreffen die Menschen in unserem Land unmittelbar in ihrem Alltag.

Wir haben klare Forderungen an die rot-grüne Landesregierung gestellt:

Wir wollen, dass Bauen in Niedersachsen einfacher, schneller und günstiger wird.

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen in der Justiz, damit unser Rechtsstaat funktioniert.

Wir setzen uns für die Landwirte ein, die auf die versprochenen Mittel im Rahmen des „Niedersächsischen Wegs" warten.

Wir wollen, dass Kultur nicht länger auf der Strecke bleibt.

Und wir machen uns stark für den Schutz der Schwächsten – sei es durch eine elektronische Fußfessel für Gewalttäter oder durch bessere Ermittlungsinstrumente im Kampf gegen Kindesmissbrauch. Auch die Themen Sicherheitspolitik, Extremismusbekämpfung und Küstenschutz haben wir nicht aus dem Blick verloren. Über all das informieren ich Sie gerne in dieser Ausgabe.

Nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit – es lohnt sich.

Als Kreisvorsitzender der CDU habe ich auch noch ein Anliegen "in eigener Sache":

2026 stehen in Niedersachsen die nächsten Kommunalwahlen an. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, sich politisch zu engagieren – vielleicht sogar selbst zu kandidieren und Teil der großen CDU-Familie zu werden?

Gemeinsam wollen wir unsere niedersächsische Heimat in den Kommunen voranbringen und mit guter CDU-Politik in den Räten überzeugen.

Werden Sie Teil des #TEAM26 – und melden Sie sich gerne bei mir!

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Frank Schmädeke MdL

NOVELLIERUNG DER NBAUO JETZT FORTSETZEN!

Bauen muss einfacher, schneller und günstiger werden

Die Landtagsfraktion der CDU- Niedersachsen macht Druck für mehr Tempo beim Bauen.

„Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren – Niedersachsen braucht jetzt ein Bauordnungsrecht, das schnelles, unkompliziertes und kostengünstiges Bauen ermöglicht!", betonte unsere baupolitischer Sprecher, Christian Frölich, im März-Plenum.

Mit einem Entschließungsantrag hat die CDU-Fraktion zwölf konkrete und praxiserprobte Vorschläge vorgelegt, um Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar zu vereinfachen. Diese Empfehlungen stammen nicht aus der Theorie, sondern aus Gesprächen mit Planern, Architekten und Ingenieuren sowie aus Frölichs eigener Berufserfahrung.
Im Mittelpunkt steht der Abbau überflüssiger Bürokratie. So fordert die CDU unter anderem, die Anforderungen an Rettungswege an die bundesweit geltende Musterbauordnung anzupassen. "Es kann nicht sein, dass Bauanträge durch zusätzliche, rechtlich nicht abgesicherte Vorgaben einzelner Brandschutzbeauftragter unnötig verzögert und verteuert werden", kritisierte Frölich.

Auch bei der umstrittenen Photovoltaikpflicht sieht die CDU akuten Handlungsbedarf. „Energetische Dachsanierungen dürfen nicht an den zusätzlichen Kosten einer PV-Pflicht scheitern", so Frölich. Deshalb fordert die CDU-Fraktion ein Aussetzen der Pflicht bis Ende 2028. Zudem soll Kommunen im urbanen Umland die Möglichkeit erhalten bleiben, Stellplatzregelungen flexibel und bedarfsgerecht festzulegen.

Ein weiteres Anliegen ist die Vereinfachung der Bauprüfung: Zukünftig soll der Bauherr selbst den Prüfstatiker vorschlagen können – eine einfache, aber wirkungsvolle Maßnahme zur Reduzierung von Baukosten und Bauzeiten.
Frölich appellierte abschließend an die Landesregierung: „Das Verschieben dieser Punkte in die nächste Novelle ist reine Verzögerungstaktik.
Wir brauchen jetzt den Mut zur Umsetzung – für einfacheres, schnelleres und günstigeres Bauen in Niedersachsen!"

Christian Frölich
(CDU- Landtagsabgeordneter,
Ausschuss für Wirtschaft,
Verkehr, Bauen und Digitalisierung)

JUSTIZ AM LIMIT

CDU fordert echte Reformen statt leerer Worte

Die CDU-Fraktion hat im Landtag auf gravierende Missstände in der Justiz aufmerksam gemacht.

„Unsere Geschäftsstellen sind überlastet, unterfinanziert und unterbesetzt – die Landesregierung muss endlich handeln, statt sich hinter Worthülsen wie ‚Team Justiz' zu verstecken", kritisierte Christian Calderone. der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion,

Eine Große Anfrage der CDU hat die prekäre Lage offengelegt: Im mittleren Justizdienst herrschen hohe Arbeitsbelastung, Personalmangel, veraltete Ausstattung und fehlende Digitalisierung.

Die Antwort der Landesregierung zeigt: Stellen bleiben unbesetzt, die Digitalisierung stockt, und befristete Arbeitsverhältnisse werden als Notlösung eingesetzt. Die Folge: Die Zahl der Krankheitstage im mittleren Dienst ist seit 2014 um 25 Prozent gestiegen.

weiter von Seite 3

Die CDU fordert deshalb ein Umsteuern:

Eine echte Personaloffensive
Bessere Bezahlung und unbefristete Arbeitsverhältnisse
Konsequente Digitalisierung der Justiz
Nur so bleibt die Justiz leistungsfähig und der Rechtsstaat verlässlich.

Christian Calderone
(CDU-Landtagsabgeordneter, Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen)

SCHUTZ FÜR OPFER HÄUSLICHER GEWALT

CDU fordert Einführung der elektronischen Fußfessel

Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt in Niedersachsen steigt weiter dramatisch an.

Laut aktueller polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2024 landesweit 32.545 Fälle häuslicher Gewalt registriert. Das bedeutet nicht nur einen Anstieg um fast neun Prozent gegenüber dem Vorjahr, sondern steht auch für tausende Frauen, Männer und Kinder, die Opfer von Gewalt im engsten sozialen Umfeld geworden sind.

Die Landesregierung darf dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen.

„Häusliche Gewalt hinterlässt tiefe seelische und körperliche Spuren. Die Opfer leben oft in ständiger Angst, ihr Zuhause wird zum gefährlichsten Ort. Jeder Tag, an dem wir nicht handeln, ist ein Tag zu viel", mahnt die CDU-Landtagsabgeordnete Birgit Butter.
Schon im November 2024 hatte die CDU im Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einführung einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter vorsieht. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Täter die räumliche Nähe zu ihren Opfern nicht mehr unbemerkt suchen können. „Die Fußfessel ist kein Allheilmittel – aber ein wirksames Instrument, um Betroffene besser zu schützen und ihnen ein Stück Sicherheit zurückzugeben", so Butter.
Doch die rot-grüne Landesregierung bleibt untätig. Innenministerin Daniela Behrens hat bislang keinen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt und verweist stattdessen auf mögliche Regelungen auf Bundesebene – eine Argumentation, die Butter deutlich zurückweist: „Andere Bundesländer wie Hamburg haben längst gehandelt. Niedersachsen könnte sofort aktiv werden."
Die CDU-Fraktion kritisiert zudem, dass Rot-Grün die Einführung der Fußfessel bewusst verzögert, um sie in der Polizeirechtsreform als politisches Faustpfand zu nutzen. „Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Betroffenen", so Butter.

Die Folgen häuslicher Gewalt sind dramatisch:
Neben körperlichen Verletzungen leiden viele Opfer unter schweren psychischen Belastungen. Kinder, die Gewalt in der Familie miterleben, tragen diese Erfahrung oft ein Leben lang mit sich.
„Wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschen in Niedersachsen weiter ungeschützt bleiben", betont Butter.

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrer klaren Forderung: Die elektronische Fußfessel muss jetzt eingeführt werden.
„Worte reichen nicht – es braucht konkrete Maßnahmen. Die Opfer haben Anspruch auf Schutz.
Und zwar sofort."

Birgit Butter MdL
(CDU- Landtagsabgeordnete, Mitglied im Ausschuss Inneres und Sport)

TÄTERN AUF DIE SPUR KOMMEN

Vorratsdatenspeicherung gegen Kindesmissbrauch

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch und der Verbreitung von Kinderpornografie ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Doch Ermittler stoßen immer wieder an Grenzen, weil ihnen wichtige Daten fehlen.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert deshalb in einem aktuellen Antrag die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative für die gezielte Vorratsdatenspeicherung zu starten.
„Täter dürfen nicht ungestraft davonkommen, nur weil unsere Ermittlungsbehörden nicht auf notwendige Informationen zugreifen können", betont der Landtagsabgeordnete Christoph Plett. Allein im Jahr 2021 konnten über 2.000 Hinweise aus den USA und Kanada nicht weiterverfolgt werden, weil die entsprechenden IP-Adressen bereits gelöscht waren. Die Zahl der Ermittlungsverfahren im Bereich Kinderpornografie ist in Niedersachsen zuletzt um 76 Prozent gestiegen – viele Täter bleiben jedoch unerkannt.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil klargestellt:
Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist mit EU-Recht unvereinbar, die gezielte Speicherung von IP-Adressen zur Bekämpfung schwerster Straftaten wie Kindesmissbrauch aber ausdrücklich erlaubt.
Genau das fordert die CDU-Fraktion – unter strikter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Die CDU kritisiert zudem das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, bei dem Daten erst nach Vorliegen eines Anfangsverdachts gespeichert werden.
„Wo keine Daten gespeichert sind, können sie auch nicht eingefroren werden", so Plett.

Warum die gezielte Vorratsdatenspeicherung sinnvoll ist:

✅ Sie ermöglicht die Aufklärung schwerster Straftaten wie sexuellen Kindesmissbrauch.

✅ Sie schützt Kinder und Jugendliche, indem Täter identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden können.

✅ Sie schafft Ermittlern dringend benötigte Handlungsmöglichkeiten – unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien.

✅ Sie ist ausdrücklich europarechtskonform, wenn sie gezielt und verhältnismäßig eingesetzt wird.

✅ Sie kann verhindern, dass internationale Hinweise ins Leere laufen, weil IP-Daten fehlen.

Für die CDU-Fraktion ist klar: Der Schutz der Schwächsten muss Vorrang haben. Täter dürfen sich nicht hinter anonymen IP-Adressen verstecken können.

Christoph Plett
(CDU-Landtagsabgeordneter,
Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen)

CDU FORDERT KURSKORREKTUR

Hochwasser- und Küstenschutz muss Priorität haben

Der Schutz vor Hochwasser und Sturmfluten ist eine zentrale Aufgabe des Landes – doch die bisherigen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung reichen nach Einschätzung der CDU-Fraktion bei Weitem nicht aus.

„Grundsätzlich ist jede Investition in den Hochwasser- und Küstenschutz sinnvoll.

weiter von Seite 5

Aber die vorgesehenen Mittel decken den tatsächlichen finanziellen Bedarf für die Sanierung der Deiche und den Bau neuer Schutzanlagen längst nicht", kritisiert die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Verena Kämmerling.

Aus Sicht der CDU bleibt die Landesregierung nicht nur finanziell hinter den Erfordernissen zurück.
Sie versäumt es auch, grundlegende Hindernisse aus dem Weg zu räumen: Eine ernsthafte Debatte über den Verzicht auf naturschutzrechtliche
Ausgleichsverpflichtungen bei notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen findet weiterhin nicht statt. Zudem sorgt die schleppende Auszahlung von Mitteln aus dem Hochwasser-Hilfsprogramm für Unmut.

Viele Betroffene warten bis heute auf finanzielle Unterstützung. Die CDU-Fraktion warnt: Wenn die Bereitstellung der angekündigten Mittel für den Binnenhochwasser- und Küstenschutz ebenso zögerlich erfolgt, wird nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet, sondern auch die ohnehin angespannte Lage in besonders betroffenen Regionen weiter verschärft.

Mit einem eigenen Entschließungsantrag will die CDU im Landtag eine Kurskorrektur erreichen – für einen wirksamen und schnellen Hochwasser- und Küstenschutz in Niedersachsen.

Verena Kämmerling MdL
(CDU- Landtagsabgeordnete,
Mitglied im Ausschuss für Umwelt,
Energie und Klimaschutz)

BUNDESWEHR STÄRKEN

CDU-Fraktion bringt dazu Gesetzentwurf ein

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzt ein klares Zeichen für die Sicherheit in unserem Land.
Mit einem eigenen Gesetzentwurf fordert sie, Niedersachsen als verlässlichen Partner der Bundeswehr zu positionieren und die sicherheitspolitische Verantwortung des Landes deutlich zu stärken.
„Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich dramatisch verändert. Auch Niedersachsen muss seinen Beitrag leisten", erklärt die CDU-Landtagsabgeordnete Cindy Lutz.

Kernpunkte des Gesetzentwurfs sind:

- **Forschung stärken**
- **Bildung fördern**
- **Planungsverfahren beschleunigen**
- **Standorte sichern**

„Wer die Freiheit schätzt, muss auch wissen, wer sie schützt", so Lutz.

Dazu gehört auch die Anpassung der Zivilklausel an Hochschulen. Mit dem Gesetz setzt die CDU-Fraktion ein klares Zeichen für eine wehrhafte Demokratie und die Unterstützung der Bundeswehr.

Cindy Lutz MdL
(CDU- Landtagsabgeordnete,
Mitglied im Ausschuss für
Wissenschaft und Kultur)

Dr. Frank Schmädeke MdL
LANDTAG NIEDERSACHSEN
Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

kontakt@frank-schmaedeke.de
0170 22 08 756
www.frank-schmaedeke.de

V.i.S.d.P.
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6
31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke
Canva